

# Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

## Berlin Aktuell

09/2011 – 10.06.2011



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,**

zum Ende der gegenwärtigen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages lasse ich Ihnen auch heute wieder die neue Ausgabe von „Berlin Aktuell“ zukommen. In den vergangenen Tagen hat es, wie Sie sicherlich auch den Medien entnommen haben, wieder überaus wichtige und wegweisende Debatten gegeben, von denen ich Ihnen im Folgenden gerne berichten und Ihnen einen Einblick in die aktuelle politische Lage der Bundesrepublik und die Arbeit der Christdemokratischen Fraktion im Parlament geben werde.

So haben wir uns in dieser Woche insbesondere mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, den wir bereits im vergangenen Jahr beschlossen hatten, beschäftigt. Auf die nun vereinbarte Beschleunigung sowie auf das diesbezüglich begonnene parlamentarische Verfahren werde ich in dieser Ausgabe ebenso eingehen wie auf das neue Hilfsprogramm für Griechenland. Zudem berichte ich Ihnen wie gewohnt von weiteren wichtigen Gesetzesinitiativen, die im Plenum debattiert wurden.

Abschließend wünsche ich Ihnen nicht nur eine angenehme Lektüre sondern insbesondere ein frohes Pfingstfest.

Herzliche Grüße aus Berlin

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Energiewende geht ins parlamentarische Verfahren

Nach der Fukushima-Katastrophe vor wenigen Monaten haben wir einen gesellschaftlichen, technischen und politischen **Dialog geführt, der sich als intensiv und gut strukturiert erwiesen hat. Im Ergebnis hat die Regierungskoalition beschlossen, den Ausstieg aus der Kernenergie, den wir bereits im vergangenen Jahr festgelegt hatten, nun bis Ende 2022 zu beschleunigen.** Der Ausstieg erfolgt in Form eines geordneten Abschaltplans, bei dem jedem Kraftwerk gesetzlich ein Datum zugeordnet wird, an dem es spätestens vom Netz gehen muss.



(© dpa)

**Im Gegensatz zu Rot-Grün bringen wir Klarheit und bessere Planbarkeit in die Ausstiegsmodalitäten.** SPD und Grüne hatten bei ihrem Ausstiegsbeschluss lediglich Reststrommengen definiert. Ein festes Ausstiegsdatum haben sie weder genannt noch gesetzlich geregelt. Damit lag es letztlich in der Hand der Betreiber, wann das letzte KKW vom Netz gegangen wäre. Entsprechend unsicher waren die Investitionsbedingungen für die erneuerbaren Energien, weil niemand wusste, bis wann welche Kernkraftstrommengen nun tatsächlich durch regenerative Quellen ersetzt werden mussten. Stattdessen wurden Subventionstatbestände erfunden, die in Teilen weit über den Bedarf hinausgingen. Außerdem hatte Rot-Grün in einem Nebenvertrag mit den Konzernen auf weitere Sicherheitsauflagen für die KKW verzichtet. Mit anderen Worten: **Der rot-grüne Ausstieg war in Wirklichkeit ein populistischer energiepolitischer Blindflug. All das kann unsere Politik nicht sein. Wir garantieren Reststrommengen und benennen zugleich ein konkretes Enddatum. Außerdem legen wir fest, wie und in welchem Umfang Ersatz aufzubauen ist.** Auch das unterscheidet uns von Rot-Grün. Die Koalitionsfraktionen haben im Entscheidungsprozess der letzten beiden



(© dpa)

Monate mit der Bundesregierung eng und zielgerichtet zusammengearbeitet. Die Koalitionsarbeitsgruppe „Energie“ hat wesentlichen Anteil an dem umfassenden Gesetzspaket, das wir in dieser Woche eingebracht haben. Im parlamentarischen Verfahren wird insbesondere das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) seinen letzten Schliff bekommen.

## Europäische Beschlüsse zu ESM und Griechenland

Die EU-Finanzminister wollen in der übernächsten Woche **Entscheidungen zum intergouvernementalen Vertragsentwurf des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) sowie zum griechischen Anpassungsprogramm** einschließlich seiner weiteren Ausgestaltung treffen. Der ESM-Vertrag sowie die Ertüchtigung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität sind sodann von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel vom 23./24. Juni zu billigen. Der Deutsche Bundestag hat daher in einer Debatte am Freitag seine Position vor der europäischen Beschlussfassung deutlich gemacht. Dabei wurde insbesondere die **Situation Griechenlands** während einer Regierungserklärung des Bundesfinanzministers umfassend diskutiert. Dr. Wolfgang Schäuble verdeutlichte, dass wir uns in einer **angespannten Lage befinden, in welcher der Umfang des aktuellen Hilfsprogrammes nicht ausreicht, um den Finanzbedarf Griechenlands während der Laufzeit zu decken.** Gleichzeitig besteht ohne eine weitere Auszahlung von Mitteln vor Mitte Juli tatsächlich das Risiko einer ersten ungeordneten Zahlungsunfähigkeit im Euro-Währungsgebiet.



(© dpa)

Vor diesem Hintergrund haben wir einem **neuen Programm der Bundesregierung für Griechenland zugestimmt, um die Finanzierungslücke zu schließen und einer Zahlungsunfähigkeit vorzubeugen.** Die **Unterstützung ist allerdings an überaus strenge Bedingungen geknüpft.** So fordern wir insbesondere die Einbindung privater Geldgeber, um eine gerechte Lastenteilung zwischen Steuerzahlern und Privatinvestoren zu garantieren. Auch verstärkte Reformbemühungen Athens sind eine unersetzliche Voraussetzung für eine weitere Hilfeleistung. **Griechenland muss nicht nur sparen, sondern die Wirtschaft, beispielsweise durch die Privatisierung von Staatsbanken, wieder in Gang bringen.** Mit der vereinbarten Regelung besteht die realistische Chance, die negativen Auswirkungen auf die Finanzmärkte zu minimieren und zugleich die erforderliche Lastenteilung zwischen Steuerzahlern und Investoren zu erreichen. Weitere Informationen zum Hilfsprogramm für Griechenland finden Sie ab der kommenden Woche auf meiner Homepage [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de).



(© ddp)

## Aktuelles aus dem Plenum

Nach der Beratung in der vergangenen Sitzungswoche haben wir nun die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nation Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL)** beschlossen. Das Mandat des Deutschen Bundestages soll auf Grundlage des geltenden VN-Mandats bis zum 30. Juni 2012 unter Beibehaltung der personellen Obergrenze von 300



(© dpa)

Personen verlängert werden. Der **Schwerpunkt des Einsatzes liegt auf der Ausbildung und der Verbesserung der Einsatzfähigkeit der libanesischen maritimen Streitkräfte**. Ziel ist eine graduelle Übergabe der Verantwortung an die libanesischen Seite.

Auch die **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR)** haben wir in dieser Woche mit einer namentlichen Abstimmung im Plenum beschlossen. Die Beteiligung erfolgt auf Grundlage eines Mandats, dem der Deutsche Bundestag erstmalig am 11. Juni 1999 zugestimmt hat. Das Mandat ist nicht befristet, auf Wunsch einer Fraktion erfolgt jedoch, wie in dieser Woche; eine konstitutive Befassung alle zwölf Monate. **KFOR wird weiter neben kosovarischen Sicherheitskräften und EUPOL-Polizeikräften gebraucht, um die Sicherheit aller Menschen im Kosovo zu garantieren.**

Weitere ausführliche Informationen zur UNIFIL- und zur KFOR-Mission der Bundeswehr, sowie zu allen weiteren Auslandseinsätzen der deutschen Streitkräfte finden Sie auf der Internetseite „Bundeswehr im Einsatz“ unter [www.einsatz.bundeswehr.de](http://www.einsatz.bundeswehr.de)

Zudem hat in zweiter und dritter Lesung das **Gesetz zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Emissionshandels** zur Verabschiedung angestanden, mit dem die umfassend geänderte EU-Emissionshandels-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wird. **Künftig wird die Gesamtemissionsmenge für den EU-Emissionshandel kontinuierlich abgesenkt sowie der Luftverkehr und weitere emissionsintensive Industriebranchen in den Emissionshandel einbezogen.** Ab 2013 wird es europaweit einheitliche Zuteilungsregeln geben. Diese europäische Harmonisierung beseitigt die bislang bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten. Der gesamte Bereich der Emissionsüberwachung wird zukünftig vom Umweltbundesamt vollzogen. **Im Hinblick auf den Vollzug des Emissionshandels bleibt es bei der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern.**



(© dpa)

Mit dem in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** wird die **Pflege von Familienangehörigen durch Berufstätige erleichtert**. Vorgesehen ist die Einrichtung einer **Familienpflegezeit, in der Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren können**, wenn sie einen Angehörigen

pflegen. Das Gehalt während dieser Zeit entspricht der Anzahl der neuen Stunden plus der Hälfte der Differenz zum alten Gehalt. Zum Ausgleich wird nach der Familienpflegezeit weiterhin nur das geringere Gehalt zuzüglich des Aufstockungsbetrages gezahlt bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte, der die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, zu diesem Zeitpunkt eine Versicherung abschließen, die mit dem letzten Tag der Lohnrückzahlungsphase der Familienpflegezeit endet.

Mit dem in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts** wird die EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Darüber hinaus wird das seit 1996 geltende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ökologisch fortentwickelt. **Ziel des neuen „Kreislaufwirtschaftsgesetzes“ ist eine nachhaltige Verbesserung der Ressourceneffizienz durch eine Stärkung der Abfallvermeidung und des Recyclings von Abfällen**. Mit der Einführung einer ab dem Jahr 2015 zu erfüllenden Pflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfällen sowie von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen legt das Gesetz die Grundlage für ein hochwertiges Recycling von Abfällen mit einem hohen Ressourcenpotential. **Bis zum Jahr 2020 sollen 65% aller Siedlungsabfälle recycelt und 70% aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden**. Vorgesehen ist zudem die **Einführung einer Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne“**.

Den Gesetzentwurf sowie weiterführende Informationen finden Sie auf den Seiten des Bundesumweltministeriums unter [www.bmu.de](http://www.bmu.de) .

## Daten und Fakten

**Bedeutung des sozialen Netzwerkes „Familie“ wird unterschätzt.** Laut einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach glaubt eine Mehrheit der Deutschen nicht, dass um den Sozialstaat ein „Krieg der Generationen“ geführt werden wird. Nur ein Drittel der Deutschen hält ernsthafte Verteilungskämpfe für denkbar. Als maßgeblichen Grund für diese Erwartung machen die Allensbacher Demoskopien den Faktor „Familie“ aus, die neben den staatlichen Sicherungssystemen einen bislang unterschätzten Anteil an der individuellen Absicherung und dem Interessenausgleich zwischen den Generationen habe. So geben nur 51% der Befragten an, dass die staatliche Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zu ihrem persönlichen Sicherheitsgefühl beiträgt – 76 % nennen hingegen die Familie. 82% der Befragten berichten zudem von einem starken familiären Zusammenhalt. So können 54% der Eltern mit Kindern unter 14 Jahren auf eine regelmäßige Kinderbetreuung während der Arbeitszeiten vertrauen. Auch finanzielle Unterstützung ist selbstverständlich, etwa beim Kauf von Kinderbekleidung (58%) oder beim Tätigen von Geldanlagen für die Enkelkinder (40%). Mehr als 15% der Familien mit Kindern unter 14 Jahren erhalten zudem kontinuierlich finanzielle Hilfe von der älteren Generation. Umgekehrt unterstützen die Jüngeren ihre Eltern und Großeltern in Haushalt, Garten, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Insgesamt laufen die Transfers jedoch primär von der älteren zur mittleren und jüngeren Generation. Die Einkommen der Eltern und Großeltern würden daher nicht primär unter dem Aspekt des staatlich organisierten Interessenausgleichs, sondern als ein Besitzstand wahrgenommen, an dem die jüngere Generation unmittelbar partizipiere.

(Quelle: Wirtschaftswoche, Instituts für Demoskopie Allensbach)

**Jobwunder geht weiter.** Die Arbeitslosigkeit ist im Mai im Zuge der auslaufenden Frühjahrsbelegung um 118.000 auf 2.960.000 gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren damit im Mai 276.000 weniger Arbeitslose registriert. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Konjunkturaufschwung, der zu einem deutlichen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geführt und damit für viele Menschen die Chancen erhöht hat, der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu entinnen. Entlastend wirkt außerdem ein seit mehreren Jahren rückläufiges Arbeitskräfteangebot.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit)

## Sonstiges

### Offenbacher JU'ler für Planspiel im Deutschen Bundestag

Mit Eva Steinbrecher und Nico Barthel konnte ich zu Beginn der Sitzungswoche **zwei junge Nachwuchspolitiker aus Offenbach in Berlin** begrüßen. Auf meinen Vorschlag hin durften die beiden Mitglieder der Jungen Union für insgesamt vier Tage am **Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages** teilnehmen. Bei der



Großsimulation des parlamentarischen Alltags, die unter realen Plenumsbedingungen stattfindet, erfahren rund 300 jugendliche Teilnehmer im Alter von 16 bis 20 Jahren, wie der Bundestag und der Weg der Gesetzgebung funktioniert.

Die Jungparlamentarier kamen aus ganz Deutschland und nahmen seit dem 4. Juni an dem Planspiel teil. Sie bildeten Fraktionen, schlüpften in die Rolle eines fiktiven Politikers mit neuem Namen, neuer Biografie und neuer politischer Gesinnung. Nach langen Debatten über die erarbeiteten fiktiven Gesetzentwürfe, unter anderem über Pressefreiheit und Energiewende, endete das viertägige Planspiel mit einer gemeinsamen Diskussion mit den Fraktionsspitzen der Parteien im Plenum des Deutschen Bundestages.

### Rede im Plenum zum Thema Reiserechte

Im Verlauf der Sitzungswoche habe ich eine **weitere Rede in meiner Fuktion als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Thema Luftverkehr verfasst**. Hintergrund der Debatte war ein Antrag der Fraktion Die Grünen, der die **Durchsetzung des Reiserechts in der Bundesrepublik** kritisierte. Ich habe den Vorwurf in meiner Rede, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit im Plenum zu Protokoll gegeben wurde, zu Recht zurückgewiesen. Die Bundesregierung begleitet die Bürgerinnen und Bürger mit einer nachhaltigen und verantwortungsbewußten Verbraucherpolitik. Dazu gehört auch das deutsche Reiserecht, das ein hohes Maß an Schutz gewährt und im europäischen Vergleich deutlich über den geltenden Standard hinaus geht.

Bei Interesse finden Sie die schriftliche Version meiner Rede im Plenarprotokoll des 09. Junis auf der Internetseite des Deutschen Bundestages unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

### Impressum

Peter Wichtel  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

### Redaktion

Christoph Schmid

### Bildnachweis

Seite 2 – dpa (oben und unten)  
Seite 3 – dpa (oben), ddp (unten)  
Seite 4 – dpa  
Seite 5 – dpa  
Seite 7 – Peter Wichtel

